

Die ökonomische Perspektive: Notwendigkeiten und Lösungen

Die Kamerun-Koalition

Wirtschaftspolitische Konfliktlinien zwischen den Anhängerschaften von Grünen, SPD und FDP

Judith Niehues/Matthias Diermeier

Die Polarisierung des deutschen Elektorates nimmt seit knapp zwei Dekaden stetig an Fahrt auf. Folge wie Ursache dieser Polarisierungsspirale finden sich in einem zunehmend ausdifferenzierten Parteienspektrum (Bértao und Rama 2021). Im Abstand von nur sechs Jahren konnten sich mit den Parteien DIE LINKE 2007 (wenn auch in der Nachfolge der PDS) und Alternative für Deutschland (AfD) 2013 zwei neugegründete Randparteien fest im politischen System Deutschlands etablieren. Beide stehen sich in zentralen politischen Fragen antagonistisch gegenüber. Damit bieten sie der polarisierten Gesellschaft sehr breite Repräsentationsmöglichkeiten an. Die rechtspopulistische AfD hat insbesondere die virulenten migrationspolitischen Fragen zu nutzen gewusst, um aus ständigen Grenzüberschreitungen in Rhetorik und Politikstil Kapital zu schlagen und die politische Stimmung im Land aufzuheizen (Stahl 2019).

Im internationalen Vergleich hingegen erscheint die politische Lage in Deutschland allerdings eher unauffällig. Zum einen erhalten die Parteien an den politischen Rändern verhältnismäßig geringe Stimmanteile. Zum anderen hat die Polarisierung zuletzt selbst mit Blick auf die besonders umstrittene Migrationspolitik abgenommen. Bevölkerungsbefragungen wie Experteneinschätzungen kommen schließlich zu dem Schluss, dass die politische Polarisierung – obgleich auf angestiegenem Niveau – kaum aus einem breiteren Ländersample herauszustechen vermag (Silver et al. 2021). Mit Blick auf die deliberativen Prozesse landet Deutschland in den Bewertungen sogar immer wieder in der weltweiten Spitzengruppe (V-Dem Institute 2021).

1. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft

Trotzdem schwankt die Situation hierzulande zwischen aufgeheizt und befremdet. Bereits im vor-Pandemie-Jahr 2019 gaben zwei Drittel der Befragten einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung an, es gebe »wenig oder gar keinen Zusammenhalt in der Gesellschaft« (Roose 2021). Jeder Achte gibt in einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach 2022 an, die Gesellschaft habe sich durch die Coronakrise zum Negativen verändert (Köcher 2022). Gerade aufgrund der beschriebenen Ausdifferenzierung des Parteiensystems und der langen Regierungszeit von Angela Merkel hat sich in unterschiedlichen, hoch politisierten Bewegungen das Gefühl breitgemacht, nicht (mehr) angemessen repräsentiert zu werden (Merkel 2021). Aus einer solchen Entfremdung mit dem politischen System kann ein Infragestellen der langwierigen parlamentarischen Prozesse erwachsen – was bei Anhängern unterschiedlicher politischer Strömungen zuletzt mehrheitlich aufgetreten ist. »So führt die Polarisierung des Meinungsfeldes hier sozusagen hinterrücks Konvergenzen herbei, nicht bloß in Hinsicht auf die rhetorischen Formate, in denen Ansprüche artikuliert werden, sondern auch auf das Misstrauen gegen autorisierte Mittlerinstanzen und demokratisch-repräsentative Verfahren der Konfliktschlichtung, das beide Seiten miteinander teilen.« (Koschorke 2021) Tatsächlich macht die mangelnde Durchsetzbarkeit ihrer politischen Zielvorstellungen erstaunlich großen Bevölkerungsanteilen zu schaffen (Diermeier und Niehues 2021).

Umso mehr haftet der bislang auf Bundesebene unerprobten Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP ein Gefühl des Aufbruchs und der Modernisierung, aber ebenso der Skepsis bezüglich der Umsetzung wichtiger politischer Projekte an. Erste Empirie deutet bereits daraufhin, dass insbesondere das gemeinschaftliche Verständnis einer progressiven gesellschaftlichen Neuerung den gemeinsamen Nenner konstituiert, auf dem man aufzubauen versucht (Faus und Ruhose 2022). Weniger repräsentiert werden folglich Milieus, die durch die Orientierung an einem traditionellen Wertekanon gekennzeichnet sind (Marsen und Magro 2021). Jedenfalls findet die Bundesregierung unter Olaf Scholz in Summe mehrheitlich in breiten Bevölkerungsschichten Zustimmung, die sich in vielerlei Politikfeldern jenseits ihrer progressiven Grundausrichtung bislang eher konfrontativ gegenübergestellt haben. Im Kontext drohender Konflikte innerhalb wie außerhalb der Koalition ist es bezeichnend, dass der neue Bundeskanzler die Einigkeit

der Deutschen in seiner Regierungserklärung ostentativ beschwört und nicht müde wird, den Zusammenhalt der Mehrheit zu betonen. Lediglich »eine kleine extremistische Minderheit [habe sich] in unserem Land [...] von unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, unserem Gemeinwesen und unserem Staat abgewandt, nicht nur von Wissenschaft, Rationalität und Vernunft« (Bundesregierung 2022).

Tatsächlich schlummern in der von der Ampelkoalition skizzierten Politikagenda einige Themenfelder, die sowohl zwischen den unterschiedlichen Anhängerschaften der Regierungsparteien als auch zwischen selbigen und Unterstützern der Opposition eine gewisse Sprengkraft entwickeln können. Wohingegen der progressive gesellschaftspolitische Aufgalopp der Regierung nach innen als Markenkern wirkt, entstehen hier nach außen wohl die stärksten Reibungspunkte. Die ersten Reaktionen aus CDU und AfD auf die von der FDP vorangebrachte Verantwortungsgemeinschaft, die nicht-verheirateten Menschen derzeit Ehepartnern vorbehaltene Rechte zugänglich machen würden, belegen diese Lesart. Innerhalb der Ampelkoalition bieten hingegen die Fragen nach Staatseingriffen, wirtschaftlicher Freiheit und Eigenverantwortung Spaltungspotenzial. Hinzu kommen ebenfalls ideologische Grundsatzfragen abbildende Themen wie die Lieferung von schweren Angriffswaffen an die Ukraine, durch die der Konfliktlösungsmechanismus der Koalitionäre mitunter an seine Grenzen gelangt. Die lang eingeübten Haltungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie lassen sich auch per ‚Zeitenwende‘ nicht so einfach über den Haufen werfen. Zu den Grundsatzkonflikten zählt auch die Klassifizierung von Gas- und Kernenergie in der EU-Taxonomie, mit der die Europäische Kommission die Wirtschaft in nachhaltigere Arbeits- und Produktionsweisen einsteuern möchte. Insbesondere die grüne Basis kann sich mit einem derart breit gefassten Nachhaltigkeitsbegriff kaum anfreunden.

Gerade den klimapolitischen Konfliktlinien, die in einem differenzierenden Ruf nach dem Staat insbesondere zwischen Anhängern der Liberalen und der Grünen eine klare Frontstellung ausbilden, wurde ein deutliches Spaltungspotenzial innerhalb der Regierung nachgewiesen (Bergmann et al. 2021). Gleiches lässt sich in weiteren wirtschaftspolitischen Fragestellungen vermerken. So ist für die Unternehmerklientel der FDP nur schwerlich hinzunehmen, dass ihre Partei einer Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro vorbei an der eigens dafür beauftragten – und den Regeln der Tarifaufonomie entsprechenden – Kommission zustimmt. Die Ablehnung

der seit langem von der SPD geforderten Bürgerversicherung schmerzt hingegen deren Anhängerschaft. Und auch in der Pandemiepolitik gehen die Politikpräferenzen deutlich auseinander – hatten die Liberalen viele Freiheitsbeschränkungen doch aus der Opposition heraus kritisiert und sich auch in der neu konstituierten Bundesregierung gegen striktere Lockdowns, teilweise gegen eine Impfpflicht und dafür für schnelle Lockerungen stark gemacht.

Folglich wird die Ampelkoalition daran bewertet werden, inwiefern sie es schafft, die zwischen ihren Anhängerschaften konfliktbeladenen und hoch polarisierten wirtschaftspolitischen, klimapolitischen und pandemiepolitischen Politikfelder erfolgreich zu bearbeiten. Es ist nun an dem neuen Bündnis zu zeigen, wie politische Polarisierung konstruktiv mittels vielfältiger Kompromissfindung aufgelöst werden kann. Dass solche Kompromisse reziprok mal von der einen und mal von der anderen politischen Strömung geprägt werden könnten, erscheint dabei eine veritable Herangehensweise zur Integration der Ränder, die durch eine andauernde Politik der Mitte wohl eher enttäuscht würden. Der folgende Artikel macht sich zur Ausgangsfrage, den Spannungen der neuen Bundesregierung systematisch nachzugehen und zu prüfen, wie weit die unterschiedlichen Anhängerschaften gerade mit Blick auf die Rolle des Staates auseinanderliegen. Darauf aufbauend werden die Verantwortungszuweisung der Anhängerschaften sich selbst sowie der Wirtschaft gegenüber kontrastiert. Wo in der kommenden Legislaturperiode die schärfsten Auseinandersetzungen zu erwarten sind und inwiefern regierungsinterne Kompromisse das Potenzial haben, die Ränder des gesamtdeutschen Elektorates anzusprechen, steht im Vordergrund der empirischen Analyse. Zuletzt gehen wir der Frage nach, wie die demokratische Resilienz in Deutschland trotz der schwierigen politischen Voraussetzungen gestärkt werden kann.

2. »Zeigefinger-Mentalität« und erste Anzeichen für Konfliktpotenziale

Grundlage der folgenden Analyse ist eine gemeinsame Befragung zur politischen Stimmung durch das Sinus-Institut und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Vorfeld der Bundestagswahl 2021. Die Befragung von 2.000 Personen durch das Meinungsforschungsinstitut YouGov wurde im

Zeitraum 17. bis 22. August 2021 durchgeführt; sie ist repräsentativ für die Wahlberechtigten in Deutschland. Im Zentrum der Befragung standen subjektive Einschätzungen zu den Themenbereichen Wirtschafts-, Corona- und Klimapolitik. Neben politischen Maßnahmen wurde insbesondere abgefragt, welchen Akteuren die Befragten die maßgebliche Verantwortung für die Bewältigung der Herausforderungen in der Corona- und Klimapolitik zuweisen.¹

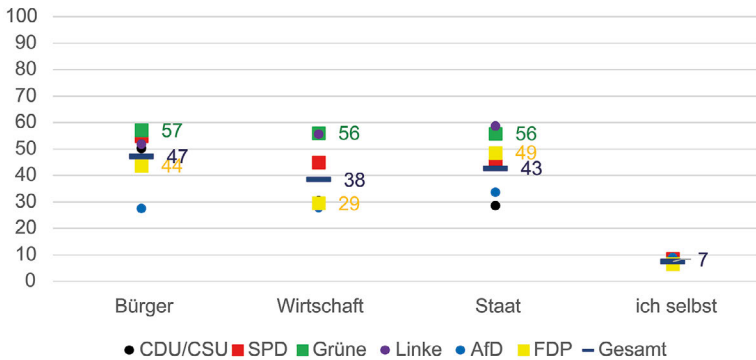
Gleichsam die aktuelle COVID-19-Pandemielage sowie auch die Folgen des Klimawandels stellen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. In beiden Politikfeldern ist eindeutig, dass allen drei genannten Akteuren bei der Bewältigung der Problemlagen eine konkrete Verantwortung zukommt, die sich jedoch – eng verwoben, wie die Protagonisten sind – kaum voneinander isolieren lässt. In einem ersten Schritt soll daher beleuchtet werden, welche Verantwortung die Befragten den einzelnen Akteuren jeweils zuschreiben, um die Herausforderungen zu meistern.

Aufgeschlüsselt nach der jeweiligen Parteipräferenz stellt Abbildung 1 dar, inwiefern die Befragten der Auffassung sind, dass der jeweilige Akteur seiner Verantwortung bei der Bewältigung der jeweiligen Herausforderungen nicht gerecht wird. Mit Blick auf die Klimapolitik sind über 60 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bürger, die Wirtschaft und der Staat »zu wenig« oder »viel zu wenig« tun, um den Klimawandel zu bewältigen. Demgegenüber sehen nur rund 40 Prozent der Wahlberechtigten sich selbst stärker in der Verantwortung, um der Herausforderung gerecht zu werden. Über die Parteigrenzen hinweg sehen die Befragten das Handeln ihrer Mitbürger bedenklicher, als dass sie sich selbst stärker in die Pflicht nehmen würden. Im Vergleich mit sich selbst blicken besonders die Anhänger der Linken und der SPD skeptischer auf die anderen Bürger. Unter den Anhängern der Grünen ist der Blick auf alle Akteure besonders kritisch. Sie gehen jedoch auch mit sich selbst deutlich härter ins Gericht. Über 90 Prozent der Grünen-Unterstützer sind der Meinung, die Wirtschaft und der Staat würden zur Bewältigung der Klimakrise zu wenig tun; gleichzeitig beurteilen jedoch auch zwei Drittel der Grünen-Anhänger ihren eigenen Beitrag kritisch.

1 Bei den ausgewiesenen Ergebnissen handelt es sich um gewichtete Ergebnisse, um die Wahlberechtigten sowohl demografisch als auch Einstellungs-repräsentativ abzubilden (<https://business.yougov.com/de/sektoren/politikforschung/wahlforschung-bei-yougov>).

Abbildung 1: Ausgeprägte »Zeigefinger-Mentalität« bei der Pandemie-Bekämpfung.

Anteil Akteure, die »zu wenig oder viel zu wenig« machen, in Prozent



Frage: 19. Was denken Sie: Machen die folgenden Akteure zu viel oder zu wenig, um den Klimawandel [die Corona-Pandemie] zu bewältigen? Antworten: viel zu wenig, zu wenig, genau richtig, zu viel, viel zu viel, weiß nicht; gewichtete Ergebnisse

Quelle: YouGov-Umfrage im Auftrag von Sinus-Institut und Institut der deutschen Wirtschaft.

Abgesehen von den AfD-Anhängern teilen alle übrigen Parteianhänger mit deutlicher Mehrheit die Einschätzung, dass insbesondere die Wirtschaft und die Politik ihrer Verantwortung in puncto Klimaschutz nicht gerecht werden – unter den Unterstützern der Ampelkoalition herrscht somit ein breiter Konsens, dass mehr Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels unternommen werden müssen. Wenn es hingegen darum geht, die Bürger etwa durch staatliche Regulierung für mehr Klimaschutz in die Pflicht zu nehmen, könnte ein gewisses Konfliktpotenzial aufbrechen, da einzig die Anhänger der Grünen mehrheitlich ihren bisherigen Beitrag als zu gering erachten. Als konfliktär könnte sich etwa die Zustimmung zu klimapolitisch steigenden Preisen herauskristallisieren: So ist die Inflation im Kontext der steigenden Heizkosten im Frühjahr 2022 sprunghaft zu dem Thema aufgestiegen, das Menschen in Deutschland am meisten beunruhigt (Centrum für Strategie und höhere Führung 2022). Durch die Preissteigerungen im Zuge des russischen Kriegs in der Ukraine hat das Thema in den Folgemonaten sogar noch weiter an Bedeutung gewonnen (Forschungsgruppe Wahlen, 2022). Es zeichnet sich ab: Die Koalition wird über Höhe, Zugangsberechtigung und Finanzierung von Ausgleichszahlungen strei-

ten müssen, wenn es darum geht, wie die Präferenzen ihrer jeweiligen Klientel bedient werden sollen.

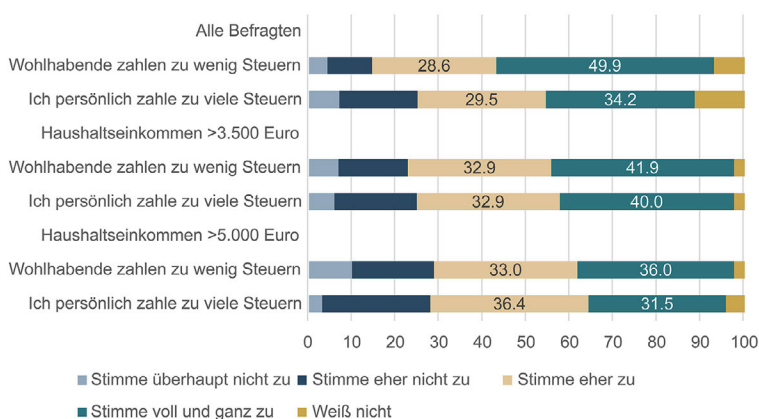
Mit Blick auf die Bewältigung der Corona-Pandemie zeigen sich die Befragten deutlich zufriedener mit den jeweiligen Akteuren – knapp die Hälfte der Wahlberechtigten ist der Ansicht, Wirtschaft und Staat hätten zumindest das Nötige getan, um ihrer Verantwortung in der Corona-Pandemie gerecht zu werden. Allerdings erhebt eine frappierend große Gruppe an Befragten in puncto Pandemiebekämpfung den Zeigefinger gegenüber ihren Mitbürgern: Während 47 Prozent der Wahlberechtigten das Verhalten der Mitbürger kritisch sehen, geben lediglich 7 Prozent der Befragten an, dass sie persönlich zu wenig getan hätten, um die Corona-Pandemie zu bewältigen. Mit dem eigenen Verhalten scheint man folglich größtenteils im Reinen zu sein.

Gegenüber den Einschätzungen zur Verantwortungszuweisung bei der Klimakrise sind in der Corona-Pandemie nur sehr geringe Unterschiede in den Einschätzungen nach Parteipräferenz zu erkennen. Einzig stechen hier die AfD-Anhänger hervor, die zu rund einem Drittel der Ansicht sind, die Bürger würden eher zu viel zur Bewältigung der Corona-Pandemie tun – einmal mehr erweisen sie sich als »allzeit fern des Durchschnitts« (Bergmann et al. 2017). Bei der Einschätzung der Rolle der Wirtschaft in der Corona-Pandemie kommen wiederum mögliche Konfliktlinien zwischen den Unterstützern der Grünen und der FDP zum Vorschein: Während – ähnlich wie bei den Anhängern der Linken – 56 Prozent derjenigen mit grüner Wahlabsicht der Auffassung sind, die Wirtschaft sei ihrer Verantwortung bei der Bewältigung der Pandemie nicht gerecht geworden, teilen weniger als ein Drittel der FDP-Anhänger diese Einschätzung.

Die Tendenz, Handlungsbedarfe eher bei »den anderen« zu sehen, deutet sich auch bei Einschätzungen zur Steuerpolitik an. Über drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass Wohlhabende in Deutschland zu geringe Steuern zahlen (Abbildung 2). Erstaunlich ist die Beobachtung, dass auch unter Befragten mit einem vergleichsweise hohen Haushaltsnettoeinkommen (3.500 Euro und höher) knapp 75 Prozent diese Meinung teilen – wenngleich knapp 73 Prozent dieser Gruppe gleichzeitig der Meinung sind, dass sie selbst zu viele Steuern an den Staat zahlen, im Verhältnis zu dem, was sie dafür bekommen. Selbst unter denjenigen, die gemäß Befragung über ein Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 5.000 Euro verfügen, stimmen knapp 69 Prozent eher oder voll und ganz zu, dass Wohlhabende in Deutschland nicht ausreichend Steuern entrichten. Gleichzeitig hat auch diese Ein-

kommensgruppe mehrheitlich das Gefühl, selbst eher zu hoch besteuert zu werden. Mit rund 68 Prozent ist dieser Anteil jedoch etwas geringer als in der Gruppe mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.500 und 5.000 Euro.² Auch wenn nur diejenigen mit einem Haushaltseinkommen von 3.500 Euro (5.000 Euro) oder mehr betrachtet werden, die das Gefühl haben, selbst zu hohe Steuern zu zahlen, geben knapp 73 Prozent (69 %) von ihnen an, Wohlhabende in Deutschland zahlten zu geringe Steuern. Inwiefern sich die Einschätzungen zu spezifischen wirtschafts-, klima- und coronapolitischen Maßnahmen nach Parteipräferenz und insbesondere unter den Anhängern der Ampelkoalition unterscheiden, wird im Folgenden erörtert.

*Abbildung 2: »Zeigefinger-Mentalität« auch in der Steuerpolitik.
Anteile Zustimmung/Ablehnung in Prozent*



Zugrunde liegende Fragen: »Wohlhabende zahlen in Deutschland zu wenig Steuern«; »Ich zahle zu viele Steuern an den Staat im Verhältnis zu dem, was ich dafür bekomme«; für die Gruppe >3.500 Euro basieren die Auswertungen auf 441 Beobachtungen, für die Gruppe >5.000 Euro auf 130 Beobachtungen.

Quelle: YouGov-Umfrage im Auftrag von Institut der deutschen Wirtschaft und Sinus-Institut.

- 2 Kleinere Unterschiede gilt es jedoch nicht überzubewerten, da insbesondere die obere Einkommensgruppe nur durch 130 Beobachtungen in den Daten repräsentiert wird. Zudem bleiben bei der Auswertung haushaltsspezifische Bedarfe unberücksichtigt und 17 Prozent der Befragten haben keine Angabe zu ihrem Haushaltseinkommen in der Befragung hinterlegt.

3. Politikpräferenzen mit Konfliktpotenzial für die Ampelkoalition

Im Einklang mit der Verantwortungszuweisung weg von der eigenen Person – und mit dem kritischen Blick auf die Rolle der Wirtschaft beispielsweise bei der Bekämpfung der Klimakrise – sehen die meisten Befragten den Staat auch im Feld der Wirtschaftspolitik in der Verantwortung. Knapp 52 Prozent der Wahlberechtigten teilen bei dieser Frage »eher« oder »voll und ganz« die Auffassung, dass der Staat sich nicht aus der Wirtschaft raushalten solle, gegenüber knapp 37 Prozent der Wahlberechtigten, die dieser Aussage zustimmen (Abbildung 3, Rest zu 100 Prozent: »weiß nicht«). Trotz der mehrheitlichen Einigkeit unter den Wahlberechtigten für staatliche Intervention deutet diese sehr grundsätzliche Frage auf Konfliktpotenzial für die Ampelregierung hin. Während unter den Grünen-Anhängern (68 %) und unter den SPD-Anhängern (56 %) die Mehrheit für staatliche Interventionen stimmt, gilt dies nur für 44 Prozent der FDP-Anhänger.³

Noch deutlichere Unterschiede zwischen den Anhängern der Ampelkoalitionäre zeigen sich, wenn es um bestimmte wirtschaftspolitische Vorhaben geht. Wenngleich auch die knappe Mehrheit der FDP-Anhänger in der Befragung die Ansicht teilt, dass Wohlhabende in Deutschland zu gering besteuert werden, sind es unter den Anhängern von SPD und Grünen jeweils beinahe 90 Prozent. Im Zusammenspiel mit der vorherigen Beobachtung, dass selbst Haushalte mit vergleichsweise hohem Haushaltsnettoeinkommen diese Einschätzung teilen, obwohl sie gleichzeitig bekunden, selbst zu viel entrichten zu müssen, wird jedoch die Widersprüchlichkeit der Einstellungen deutlich. Erklärungen können zum einen darin liegen, dass insbesondere Haushalte mit hohem Einkommen dazu tendieren, ihre Einkommenspositionen zu unterschätzen (Engelhardt Wagener 2018), sowie dass das subjektive Verständnis sehr unterschiedlich ausfallen kann, wer zu den Wohlhabenden zählt.

Sehr deutliche Unterschiede werden auch in den Einschätzungen zu einem möglichen bedingungslosen Grundeinkommen deutlich. Während

3 Erstaunlich klar ordnen sich noch 2021 die AfD-Anhänger am staats- und schuldenkritischen Ende des deutschen Parteiensystems ein. Die wirtschaftspolitisch vergleichbaren Präferenzen zwischen Unterstützern von AfD und FDP waren ein auch in den Jahren bis zur Bundestagswahl 2017 klar nachzuzeichnender Befund (Diermeier 2020).

knapp zwei Drittel der Grünen-Anhänger diesem positiv gegenüberstehen, sprechen sich zwei Drittel der FDP-Anhänger dagegen aus. Aber auch bei der mehrheitlichen Zustimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen unter SPD- und Grünen-Anhängern ist unklar, ob die Befragten jeweils vergleichbare Vorstellungen bezüglich der möglichen Umsetzung einer solch grundsätzlichen Reform haben. Zum einen stehen die Präferenzen im Widerspruch zu der stark ausgeprägten Präferenz für bedingte (Sozial-)Leistungen (Grundrente, Arbeitslosengeld I und in gewissem Maß der Mindestlohn). Zum anderen zeigen Analysen, dass sich auch unter Befürwortern des Grundeinkommens die Bedingung »Arbeiten und Steuern zahlen« großer Beliebtheit erfreut, wenn es um den möglichen Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen für Zuwanderer geht (Diermeier et al. 2020).

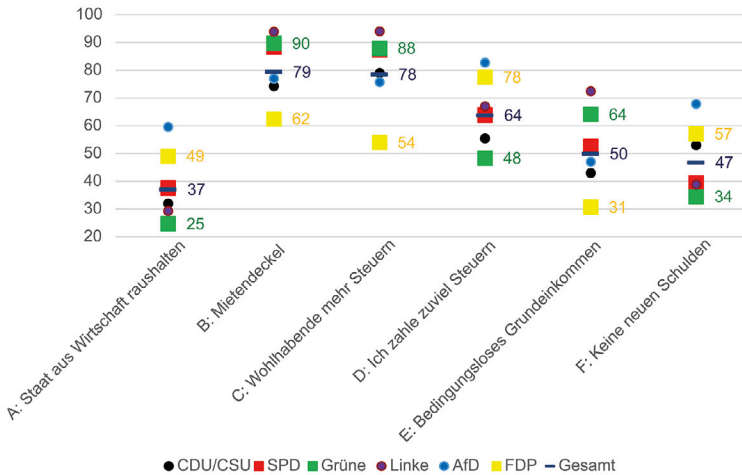
Nicht nur beim Thema Steuerpolitik bergen die Präferenzen der Anhänger der Ampelparteien Konfliktpotenzial. Auch bei der Frage nach einer möglichen Schuldenaufnahme ist dies der Fall. Während die FDP-Anhänger mehrheitlich gegen die Aufnahme neuer Schulden sind, möchte eine knappe Mehrheit der SPD- und Grünen-Anhänger dies nicht ausschließen. Insgesamt deutet die Befragung eher auf eine Schulden-Skepsis unter den Wahlberechtigten hin: Knapp 47 Prozent der Befragten sprechen sich gegen zusätzliche Schulden aus, selbst wenn dadurch staatliche Leistungen und Ausgaben zurückgeschraubt werden müssen – gegenüber knapp 40 Prozent, die der Aussage widersprechen (Rest zu 100 Prozent: »weiß nicht«).

Auch wenn das Ausmaß der Zustimmung unter FDP-Anhängern etwas geringer ausfällt, gibt es unter den Wahlberechtigten einhellige und ausgeprägte Zustimmung zu der Aussage, die »Mieten in Deutschland müssen gedeckelt werden«. Spannend sind die breiten Zustimmungen zu entsprechenden Politiken auch deshalb, weil sie den Gesetzgeber vor extrem schwierige Aufgaben stellen. Allein die Irrungen und Wirrungen des Berliner Mietendeckels können herangezogen werden, um die Komplexität zu belegen, auf die der einfache Wunsch nach »gedeckelten« Mieten in der praktischen Umsetzung stößt. Nicht nur eine inkonsistente Präferenzordnung, auch das Ignorieren vielfältiger Zielkonflikte wie beispielsweise möglicher negativer Wirkungen auf die Wohnraumbereitstellung und Nebenbedingungen erschwerender Mietzinsen erschweren die praktische Implementierung.

Nicht nur bei den Einschätzungen zur Steuerpolitik zeigen sich Widersprüche zwischen den Antworten zu den einzelnen Aussagen. So unterscheidet sich die Einstellung zum Mietendeckel nur geringfügig zwischen

Abbildung 3: Einschätzungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik: Ampel der gelb-grünen Extreme.

Anteil eher und volle Zustimmung, in Prozent



A: Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft raushalten; B: Die Mieten in Deutschland müssen gedeckelt werden; C: Wohlhabende zahlen in Deutschland zu wenig Steuern; D: Ich zahle zu viele Steuern an den Staat im Verhältnis zu dem, was ich dafür bekomme; E: Jede*r in Deutschland sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten – unabhängig davon, ob er/sie arbeitet oder nicht; F: Der Staat sollte lieber keine neuen Schulden aufnehmen, auch wenn er dadurch seine Leistungen und Ausgaben zurückschrauben muss; Antwortmöglichkeiten: stimme überhaupt nicht zu/stimme eher nicht zu/stimme eher zu/stimme voll und ganz zu/weiß nicht, gewichtete Ergebnisse

Quelle: YouGov-Umfrage im Auftrag von Sinus-Institut und Institut der deutschen Wirtschaft.

denjenigen, die zuvor angegeben haben, der Staat solle sich aus der Wirtschaft raushalten und denjenigen, die dem widersprochen haben. Auch unter den staatskritischen Befragten sind mehr als drei Viertel der Meinung, die Mieten müssten gedeckelt werden – oder umgekehrt, unter den Befürwortern der Mietendeckelung sind mehr als ein Drittel der Meinung, der Staat solle sich aus der Wirtschaft raushalten. Auch die Positionen zur Besteuerung Wohlhabender und zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens unterscheiden sich kaum bezüglich der Grundposition zwischen Staat und Wirtschaft.

Die Beobachtung, dass Haushalte ihre Umverteilungspräferenzen teilweise ändern, wenn sie erfahren, dass sie selbst zu den Finanziers zählen (Engelhardt und Wagener 2018), setzt weitere Fragezeichen an die Einordnung politischer Präferenzen. Wie können sich politische Repräsentanten in diesem unsicheren Fahrwasser sicher sein, dass sie mit ihrer Agenda die Präferenzen ihrer Anhänger wirklich abbilden? Tatsächlich taugt gerade die Wirtschaftspolitik als Beispiel, in der die Theorie rationaler nutzenmaximierender Wähler an ihre Grenzen stößt. Mit innovativen Befragungsdessigns lassen sich Kosten-Nutzen-Abwägungen von Wählern jedoch erhellen. Etwa wird klarer, welche Zahlungsbereitschaft tatsächlich für eine konkrete Politik besteht, wenn Befragte immer wieder zwischen unterschiedlich ausgestalteten Szenarien entscheiden müssen.

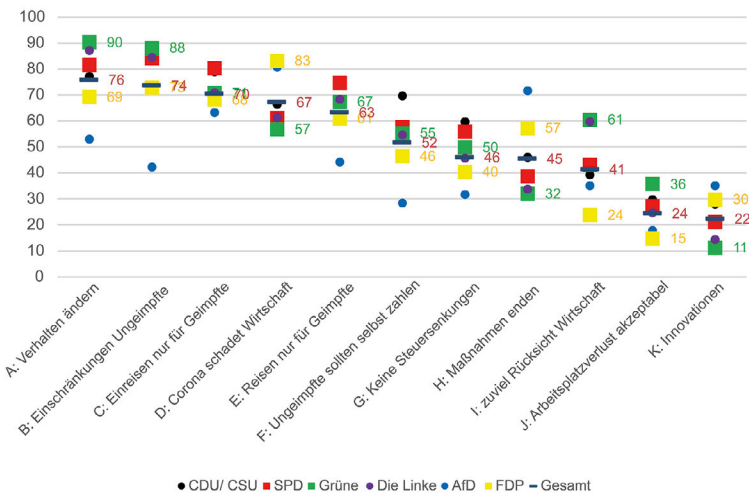
3.1 Coronapolitik

Abbildung 4 illustriert die Einstellungen zur Corona-Politik nach Parteipräferenz. Da gerade Einschätzungen zur Corona-Pandemie stark von den gerade vorherrschenden Entwicklungen der Pandemie-Lage abhängig sind, ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Befragung Mitte August 2021 stattgefunden hat und somit zu einem Zeitpunkt vergleichsweise geringer Infektionszahlen. Eine Impfpflicht wurde damals politisch noch rigoros ausgeschlossen und wurde deshalb nicht in die hier vorliegende Befragung aufgenommen. Gleichwohl deuten die Ergebnisse an, dass es – abgesehen von den AfD-Anhängern – über die Parteigrenzen hinweg ein ähnlich ausgeprägtes Verständnis für mögliche Einschränkungen für Ungeimpfte gab. Die ähnlichen Einschätzungen zu allen impfbezogenen Items könnten darauf hindeuten, dass beim Thema Impfpflicht Konflikte nicht unbedingt zwischen Parteigrenzen verlaufen müssen.

Ebenso herrscht große Einigkeit über Parteigrenzen hinweg, dass eine Änderung des Lebensstils notwendig sei, um mit der Pandemie umzugehen. Markante Unterschiede werden jedoch deutlich, wenn es um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie geht. Wenngleich mit großer Amplitude, herrscht mehrheitlich Einigkeit unter den Anhängern der Ampelparteien, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie der Wirtschaft schade. Mit Blick auf den Umgang mit den Folgen sind jedoch über 60 Prozent der Grünen-Anhänger der Meinung, dass bei »der Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland [...] zu stark auf die Bedürfnisse der Wirtschaft geachtet« wurde. Von den befragten

FDP-Anhängern stimmt nicht einmal ein Viertel der Aussage zu. Weitestgehend einig sind sich jedoch die meisten Wahlberechtigten, dass es nicht akzeptabel sei, wenn durch Corona-Maßnahmen Arbeitsplätze wegfallen – wenngleich auch hier die Anhänger der Grünen und der FDP ein breites Meinungsspektrum abbilden: Während nur 15 Prozent der FDP-Anhänger einen Arbeitsplatzverlust als akzeptabel hinnehmen, sind es unter Grünen-Anhängern immerhin 36 Prozent. Die deutlich größere Zustimmung zu einem potenziellen Maßnahmen-Ende unter FDP-Anhängern fügt sich ein, in die Rolle, die von liberalen Bundestagsparlamentariern auch in der Ampelregierung eingenommen wird. Selbst angesichts der Rekord-Infektionszahlen aufgrund der Omikron-Mutation stößt die Partei im Winter 2021 an, sich auf Öffnungsschritte vorzubereiten.

Abbildung 4: Selektives Konfliktpotenzial auch bei der Corona-Politik.
Anteil eher und volle Zustimmung, in Prozent



A: Wir müssen unser Verhalten ändern (z.B. natürliche Lebensräume von Tieren erhalten), sonst werden wir immer häufiger mit Pandemien konfrontiert sein; B: Menschen, die sich bewusst nicht gegen Corona impfen lassen wollen, müssen weiterhin mit Einschränkungen leben (z.B. Testpflicht vor Besuch von Veranstaltungen, Restaurantbesuch, ...); C: Nur gegen Corona geimpfte Ausländer*innen sollten nach Deutschland einreisen dürfen; D: Die Bekämpfung der Corona-Krise schadet unserer Wirtschaft; E: Nur gegen Corona geimpfte Personen sollten ins Ausland reisen dürfen; F: Wer sich bewusst gegen eine Corona-Impfung entscheidet und an Corona erkrankt, sollte die Kosten einer entsprechenden medizinischen Behandlung selbst zahlen; G: Es sollte in den nächsten Jahren keine

Steuersenkungen geben, weil der Staat hohe Schulden zur Bewältigung der Corona-Pandemie aufgenommen hat; H: In den nächsten Wochen sollten alle Corona-Maßnahmen enden, denn jeder kann sich mittlerweile ausreichend schützen; I: Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland wurde zu stark auf die Bedürfnisse der Wirtschaft geachtet; J: Dass durch Corona-Maßnahmen Arbeitsplätze wegfallen, ist akzeptabel; K: Da wir in der heutigen Zeit sehr schnell Impfstoffe und Medikamente entwickeln können, müssen wir unseren Lebensstil nicht ändern, um mit Pandemien umzugehen; Antwortmöglichkeiten: stimme überhaupt nicht zu/stimme eher nicht zu/stimme eher zu/stimme voll und ganz zu/weiß nicht, gewichtete Ergebnisse

Quelle: YouGov-Umfrage im Auftrag von Sinus-Institut und Institut der deutschen Wirtschaft.

3.2 Klimapolitik

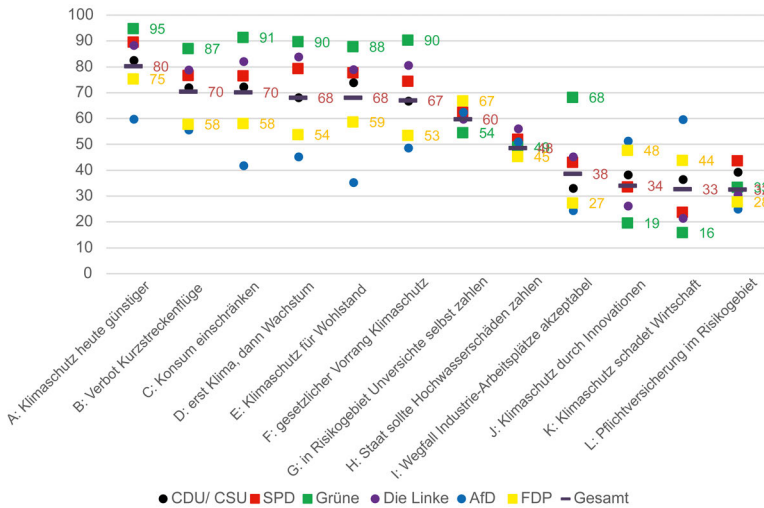
Bereits im Wahlkampf war klar, dass der Umgang mit den klimapolitischen Herausforderungen die 20. Legislaturperiode prägen wird. Nicht nur standen die Sorgen um Umwelt, Klima und Energiewende während des gesamten Wahlkampfes hinter der Pandemiebekämpfung an zweiter Stelle und wurde die Klimapolitik kurz vor der Wahl sogar als »wichtigstes Problem« eingeschätzt (Forschungsgruppe Wahlen 2022), auch bekannten sich mit Ausnahme der AfD alle Parteien zum Pariser-Klimaschutzabkommen. Hinsichtlich der bis dato umgesetzten und avisierten Politiken implizierte diese Ausgangslage einen dringlichen Handlungsbedarf, über dessen Umsetzung sich die politischen Akteure jedoch in größtem Widerspruch zueinander positionierten.

Entsprechend zeichnen auch die Befragungsergebnisse im Vorfeld der Bundestagswahl mit Blick auf die wirtschaftspolitische Herangehensweise an den Klimaschutz einen breiten Konsens unter den Wahlberechtigten nach (Bergmann et al. 2021): 80 Prozent der Befragten teilten die Auffassung, dass »es ist auf lange Sicht günstiger [sei], die Wirtschaft schon heute klimafreundlicher zu machen, als dies erst in ein paar Jahren zu tun.« (Abbildung 5) Zwar zeigen sich gewisse Unterschiede im Ausmaß der Zustimmung zwischen Grünen- und FDP-Anhängern – aber auch drei Viertel der FDP-Anhänger stimmen dieser Aussage »eher« oder »voll und ganz« zu. Auch ein gesetzlicher Vorrang des Klimaschutzes – wie er im Vorfeld der Wahl von den Grünen in Form einer Art Superministerium gefordert wurde – trifft selbst bei einer knappen Mehrheit der FDP-Anhänger auf Zustimmung. Gleichwohl sind die Unterschiede in der Zustimmung zwischen den Unterstützern der Ampelparteien enorm, denn unter den Grünen-Anhängern wünschen sich 90 Prozent den gesetzlichen Vorrang von Klimaschutz. Ähn-

liche Unterschiede zwischen gelben und grünen Unterstützern zeigen sich beim Verständnis dafür, mit Rücksicht auf künftige Generationen bereits heute den Konsum einzuschränken sowie mit Blick auf die präferierte Rangfolge zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum.

Das größte Konfliktpotenzial offenbart sich jedoch bei den Einschätzungen zum möglichen Wegfall von Industriearbeitsplätzen durch Klimaschutzmaßnahmen. Während unter den Anhängern der Grünen eine deutliche Mehrheit von mehr als zwei Drittel den Wegfall von Arbeitsplätzen als akzeptable Nebenwirkung hinnehmen würde, sprechen sich beinahe zwei Drittel der FDP-Anhänger explizit dagegen aus. Interessanterweise geben im Gegensatz dazu gerade einmal 16 Prozent der Grünen-Unterstützer an, Klimaschutz schade der Wirtschaft. Die grüne Anhängerschaft scheint damit keinen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen und Klimaschutzpolitik zu sehen, gibt aber ebenso an, dass sie bereit ist, diesen zu Lasten der Industrie in Kauf zu nehmen. Eine solch missverständliche Position bietet eine außerordentliche Reibungsfläche für das Kernthema der künftigen Legislatur. Unter den SPD-Anhängern können knapp 48 Prozent einen Wegfall von Industriearbeitsplätzen als klimapolitische Nebenwirkung nicht akzeptieren, während mit 43 Prozent ein nur etwas geringerer Anteil offenbar durchaus damit leben könnte (Rest zu 100 Prozent: »weiß nicht«). Nicht zuletzt die polarisierten Einstellungsmuster zum möglichen Erhalt von Industriearbeitsplätzen innerhalb der ehemaligen Arbeiterpartei aber auch zwischen den Koalitionspartnern unterstreicht das Konfliktpotenzial bei künftigen klimapolitischen Entscheidungen in der Ampelregierung, sollten sich diese merklich auf bestimmte Arbeitsplätze auswirken.

Abbildung 5: Grün-gelbe Unterschiede bei den Klimaschutz-Einstellungen.
Anteil eher und volle Zustimmung, in Prozent



A: Es ist auf lange Sicht günstiger, die Wirtschaft schon heute klimafreundlicher zu machen, als dies erst in ein paar Jahren zu tun; B: Es sollte keine Flüge innerhalb Deutschlands mehr geben, wenn die Strecke in weniger als 3 Stunden mit dem Zug zurückgelegt werden kann; C: Damit zukünftige Generationen so gut leben können wie wir, müssen wir heute unseren Konsum einschränken; D: Die Wirtschaft sollte künftig zuerst auf Klimaschutz achten, dann auf Wachstum; E: Damit unser Wohlstand erhalten bleibt, muss der Klimawandel stärker bekämpft werden; F: Neue Gesetze, die im Widerspruch zu allgemeinen Klimaschutzzielen stehen, sollten nicht beschlossen werden dürfen; G: Wer sein Haus unversichert in einem bekannten Hochwasserrisikogebiet baut, sollte selbst die Kosten für den Wiederaufbau tragen; H: Der Staat sollte den Wiederaufbau privater Wohnhäuser in Hochwassergebieten zahlen; I: Dass durch den Klimaschutz Arbeitsplätze in der Industrie wegfallen, ist akzeptabel; J: Sofern es genügend Innovationen gibt, die den Klimawandel bekämpfen, müssen wir unseren Lebensstil nicht ändern; K: Die Bekämpfung des Klimawandels schadet unserer Wirtschaft; L: Es sollte jede*r in eine Pflichtversicherung gegen Hochwasserschäden einzahlen, auch wenn man nicht in einem Hochwasser-Risikogebiet wohnt; Antwortmöglichkeiten: stimme überhaupt nicht zu/ stimme eher nicht zu/stimme eher zu/stimme voll und ganz zu/weiß nicht, gewichtete Ergebnisse

Quelle: YouGov-Umfrage im Auftrag von Sinus-Institut und Institut der deutschen Wirtschaft.

4. Demokratische Resilienz stärken

Auch innerhalb der Ampelkoalition bestehen gegenläufige Einschätzungen hinsichtlich der Kollateralschäden, die die unterschiedlichen Anhänger-schaften einzugehen bereit sind, um ihre eigenen Positionen durchzusetzen. Das Beispiel der Grünen-Unterstützer, die kaum glauben, Klimaschutz schade der Wirtschaft, aber mit einer breiten Mehrheit zustimmen, der Wegfall von Industriearbeitsplätzen sei zum Klimaschutz akzeptabel, steht hierfür symptomatisch. Genauso symptomatisch steht diesen Einstellungsmustern eine FDP-Anhängerschaft mit konträren Ansichten gegenüber. Die unterschiedlichen politischen Gruppen vertreten offenkundig grundkonträre Auffassungen, wie Kernthemen der Regierungspolitik ausgestaltet werden sollten. So können die hier analysierten Politikbereiche auch innerhalb einer Regierung zu Spaltpilzen erwachsen – gerade, wenn Zielkonflikte negiert werden, die die Präferenzordnungen auseinanderdividieren. Verstärkt wird diese Problematik, wenn Mitmenschen abgesprochen wird, in den unterschiedlichen Themenkomplexen ihrer Verantwortung gerecht zu werden – wohingegen das eigene Verhalten strukturell unkritischer gesehen wird. Aus einer solchen »Zeigefinger-Mentalität« kann sich in einem polarisierten politischen Diskurs durchaus die Neigung entwickeln, der Staat solle nach Maßgabe der eigenen Präferenzen durchregieren und gegenläufige Positionen übergehen. Gerade für eine wirtschaftspolitisch breit gespannte Koalition wie die Ampel lauert hier eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Aus demokratietheoretischer Perspektive moniert Wolfgang Merkel eben diese Kompromisslosigkeit, die zuletzt immer stärker Einzug in die politische Debatte gehalten hat. Besonders stört er sich an einem mangelnden Vertrauen hinsichtlich der demokratieimmanenten Aushandlungsprozesse, die gerade notwendig sind, um die Positionsvielfalt sichtbar zu machen und verbindende Politikangebote auszuarbeiten: »Institutionen und Verfahren der Demokratie stehen a priori fest, die Entscheidungsergebnisse sind aber notwendigerweise im Rahmen der Verfassung und ihrer Gesetze kontingent. Dies ist übrigens eine der kardinalen Differenzen zu autoritären Entscheidungsregimen. Für Klimaaktivisten, Zero-Covid-Verfechter und wissenschaftsgerüstete Technokraten dagegen scheint klar: Das Ergebnis steht a priori fest, die Verfahren müssen diesem nur angepasst werden.« (Merkel 2021, S. 8) Die Vermutung liegt nahe, dass Menschen mit einschlägi-

gen themenspezifischen Präferenzen ihre Positionen besonders unnachgiebig zu verteidigen gewillt sind.

Die Pandemiepolitik konstituiert zweifelsohne ein in höchstem Maße polarisiertes Politikfeld, das in dieser Hinsicht untersuchenswert erscheint (Köcher 2022). Eine Befragung der Konrad-Adenauer-Stiftung identifiziert darüber hinaus: »Themen, die zu besonders harten politischen Diskussionen führen und Polarisierung verstärken, sind nach Ansicht der Befragten der Gegensatz von Arm und Reich, die Migrationspolitik und der Klimaschutz.« (Roose 2021, S. 3) Die entsprechende Auswertung zielt insbesondere darauf ab, inwiefern Befragte der Meinung sind, »[d]ass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen [sollten]? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen [sollten]« (Roose 2021, S. 99)? Zwar verleihen in der Befragung breite Mehrheiten aller Parteianhängerschaften einer Neigung zur Kompromissbereitschaft Ausdruck. Allerdings zeichnet sich in den themenspezifischen Befragungen ab, dass Linke-Anhänger in der Sozialpolitik, AfD-Anhänger in der Zuwanderungspolitik sowie Linke- und Grüne-Anhänger in der Klimapolitik eher zur Prärogative der eigenen Position tendieren. Die individuelle Bedeutungszumessung zu einem Thema und die damit verbundene Ungeduld, eine passende politische Lösung herbeizuführen, rücken damit in den Vordergrund.

Um dem themenspezifischen Zurückschrecken vor der potenziell langatmigen Kompromissuche weiter nachzuspüren, fokussieren Diermeier und Niehues (2021) mehr auf die institutionellen Anker, die einer pluralistischen Demokratie zugrunde liegen. Schließlich kommt insbesondere den parlamentarischen Verfahren in der Aushandlung kontroverser Politikfelder eine konstituierende Rolle zu. Gleichzeitig gilt zu vermerken, dass die häufig als langwierig empfundenen Verfahren strukturell weniger Zustimmung erfahren als das demokratische System per se (König 2017). Gefragt nach der Aussage, »die Regierung in Deutschland [sollte] für die jeweiligen Problemlagen weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird« (Diermeier und Niehues 2021, S. 100), zeigen sich breite Teile der deutschen Bevölkerung wenig kompromissbereit.⁴ Über die Hälfte der Befragten gibt in einem der Themenfelder

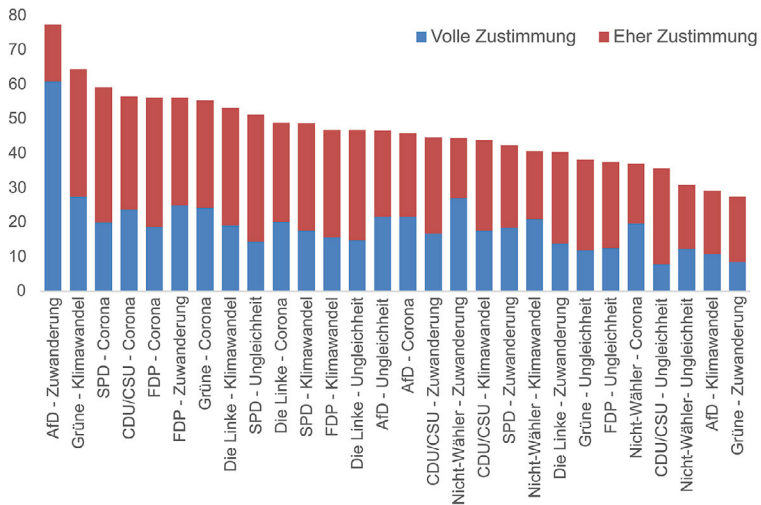
4 Eine vertiefende Beschreibung der hier diskutierten Umfrage findet sich bei Schüler et al. (2021).

Klimawandel, Zuwanderung, Corona oder soziale Ungleichheit an, in Kauf zu nehmen, dass der parlamentarische Prozess übergangen würde, um die eigenen Präferenzen durchzusetzen.

Abbildung 6 zeichnet zudem die themenspezifischen Konfliktlinien nach. Erwartungsgemäß stechen AfD-Unterstützer heraus, von denen sich drei Viertel wünschen, den parlamentarischen Prozess zu übergehen, um ihre Vorstellungen in der Zuwanderungspolitik umzusetzen. An zweiter Stelle folgt mit den Grünen bereits die erste »Ampelanhängerschaft«, die sich über den parlamentarischen Prozess in puncto Klimawandel enerviert – in einem Thema, in dem die Koalitionspartnerin FDP eine fundamental abweichende Strategie abzubilden versucht. Interessant sind auch die Einschätzungen zur Pandemiepolitik, bei der, über alle Parteilinien hinweg, besonders viele Menschen einen eingeschränkten parlamentarischen Prozess befürworten. Unter den Unterstützern der Regierungsparteien changiert diese Zustimmung nur leicht zwischen 59 Prozent (SPD), 56 Prozent (FDP) und 55 Prozent (Grüne). Dabei darf nicht übersehen werden, welche komplementäre Vorstellungen über eine adäquate Pandemiebekämpfung zwischen einer wirtschaftsfreundlicheren liberalen Anhängerschaft und einer wirtschaftskritischeren grünen Anhängerschaft vorherrschen (siehe Abbildung 4). Möglicherweise spiegeln sich in der abgebildeten Zustimmung sogar gegenläufige Interessen, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (insbesondere solche gegenüber der Wirtschaft) ohne langatmige Debatten durchzusetzen oder selbige zurückzunehmen.

Dass auch Anhängerschaften wie die der Ampelparteien, die durch eine vergleichsweise hohe Demokratiezufriedenheit geprägt sind, themenspezifisch die parlamentarischen Verfahren übergehen würden, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, deutet auf die gefährlichen Implikationen verhärteter politischer Diskurslagen in Deutschland hin. Besondere Bedeutung messen Diermeier und Niehues (2021) autoritären Einstellungsmustern sowie besonders pessimistischen Einschätzungen der jeweiligen Problemlage bei. Je verzerrter die Wahrnehmung und je dringlicher ein Problem erscheint, desto häufiger hat sich eine Ermüdung mit den Prozessen und der parlamentarischen Aushandlungen entwickelt. Entsprechend bedeutsam sind

Abbildung 6: Abkehr vom parlamentarischen Prozess.
Nach Parteienpräferenzen und Thema, Anteile in Prozent



Zugrunde liegende Fragen: »Sollte die Regierung in Deutschland für die jeweiligen Problemlagen weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird?« und »Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?«

Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland. Die Ergebnisse für FDP basieren nur auf 32 Antworten, die für »Nicht wählen« auf 49 Antworten.

Quelle: Diermeier und Niehues (2021).

niedrigschwellige Bildungs- und Informationsangebote, die Menschen Zugänge zu gesichertem Faktenwissen eines Politikfeldes ermöglichen. Dass Fakten möglicherweise narratologisch umwebt werden müssen, um gerade zu den Menschen durchzudringen, bei denen dies aus demokratietheoretischer Sicht besonders dringlich erscheint, ist eine der großen Herausforderungen, mit denen sich die hiesige Demokratie konfrontiert sieht. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass Akteure sich in resilienten pluralistischen Mechanismen der Aushandlung politischer Konflikte in einer Polarisierungsspirale verlieren können, wenn divergierende Interessen ein gemeinschaftliches Miteinander unterbinden. Werden gegenläufige Interessen nicht mehr als grundsätzlich wahrgenommen und geht die Bereitschaft, gegensätzlichen

Positionen zuzuhören, verloren, wird die Konfrontation mit Andersdenken schnell als eine Art Feindkontakt interpretiert. Auch wenn innerhalb der Ampelregierung gerade mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und Staatseingriff große Einstellungsdivergenzen und somit mögliche Spannungen vorherrschen, deutet sich beim Regierungsstart der Koalitionäre der Versuch an, die Gemeinsamkeiten und nicht die Unterschiede in den Vordergrund zu stellen.

5. Fazit

Milieuübergreifend findet sich in Deutschland eine »Zeigefinger-Mentalität«. Strukturell wird etwa in der Klimapolitik und der Pandemiebekämpfung die Verantwortung teils wesentlich mehr den anderen gesellschaftlichen Akteuren zugewiesen als sich selbst. Bei der Bekämpfung des Coronavirus herrscht etwa kaum das Gefühl vor, selbst zu wenig zu tun, das Verhalten der Mitmenschen sieht hingegen fast jeder Zweite kritisch und auch die Wirtschaft und der Staat werden nach Ansicht vieler ihrer Verantwortung bei der Bekämpfung des Coronavirus nicht gerecht. Ein vergleichbares Muster findet sich hinsichtlich der Steuerpolitik: So wünscht sich auch unter Menschen mit hohen Einkommen eine breite Zweidrittelmehrheit höhere Belastungen der Wohlhabenden, während gleichzeitig angegeben wird, persönlich zu viele Steuern zu zahlen. Deutlich zeigt sich hier ein Gerechtigkeitsverständnis, das darauf abzielt, eher »die anderen« in die Pflicht zu nehmen, ohne selbst (zusätzliche) Verantwortung übernehmen zu müssen. Gesellschaftliches Spaltungspotenzial ergibt sich daraus im Besonderen, wenn solche Muster die gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse verstärken, indem sie unterschiedliche politische Gruppierungen direkt auseinandertreiben oder indem die Erwartungen an staatliche Regulierung damit überfrachtet werden, die widersprüchlichen eigenen Interessen durchzusetzen.

Besonders interessant stellt sich in der aktuell spannungsgeladenen politischen Konstellation die Innensicht auf die Regierungskoalition dar. Die Differenzen zwischen den Anhängerschaften der Ampelparteien sind offenkundig und möglicherweise in der bundesrepublikanischen Geschichte historisch. Konkrete wirtschaftspolitische Konfliktlinien liegen etwa mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen, der Schuldenbremse oder dem Mietendeckel auf dem Tisch. Hinzu kommt, dass (wirtschaftliche) Neben-

bedingungen etwa mögliche Arbeitsplatzverluste bei der Bekämpfung des Klimawandels als unerheblich gesehen oder wahlweise bestritten werden – insbesondere, wenn letzterem eine besondere Bedeutung zugemessen wird. In allen untersuchten Politikfeldern sieht die Grünen-Anhängerschaft eine deutlich stärkere Verantwortung, insbesondere bei der Wirtschaft und dem Staat als die Unterstützer der FDP. Während liberale Wähler die Wirtschaft eindeutig weniger in der Pflicht sehen, haben Grünen-Unterstützer das Gefühl, die Politik würde die Wirtschaft über Gebühr protegieren. Die Sozialdemokraten stehen zumeist zwischen den gelb-grünen Frontstellungen. Besser als das Bild einer vertikal angeordneten rot-gelb-grünen Ampel trifft daher die vexillologische Beschreibung der Bundesregierung über die Flagge Kameruns, bei der eine rote Mitte von einem linken grünen und einem (politisch) etwas weiter rechten gelben Flügel eingeschlossen wird. Wohl und Wehe der Bundesregierung hängen demnach daran, wie sich die drei Akteure mit dem vorhandenen Konfliktpotenzial durch die Koalitionsarbeit rangieren. Nicht zuletzt sind auch die Anhängerschaften der »Kamerun«-Koalitionäre themenspezifisch bereit, den üblichen parlamentarischen Prozess zu übergehen, damit die Politik ihre Prioritäten durchregiert. Empfindliche Kompromisse werden in jedem Fall den gelb-grünen Flügeln abverlangt, aber auch immer die Moderationsfähigkeit der roten Kanzler-Mitte auf die Probe stellen. Letztere läuft zwar Gefahr, zwischen den Gegensätzen an Sichtbarkeit zu verlieren, könnte letztlich jedoch mit vermittelnden Politikangeboten seine Anhängerschaften am treffsichersten bedienen.

Tatsächlich zeigt der Blick auf das Regierungsprogramm sowie die ersten Monate der Zusammenarbeit, dass alle Parteien in einigen Punkten bereit sind, über ihren Schatten zu springen – anders als noch während der Jamaika-Verhandlungen 2017. Zudem deuten einige Beispiele aus der Regierungsarbeit daraufhin, auf welche Art und Weise man intendiert, Spannungen aufzulösen. Die Bundestagsdebatte um eine allgemeine Impfpflicht, für die aufgrund der beschriebenen schwer überbrückbaren Differenzen von der Regierung eine Abstimmung ohne Fraktionszwang und ohne einheitliche Gesetzesinitiative angestoßen wurde, wäre ein Beispiel hierfür. Auch Pandemie-Minister Karl Lauterbach hat sich nach seiner Vereidigung sichtlich bemüht, ausgleichend zu wirken und viele seiner vormaligen Diskurspositionen geräumt. In der Wirtschaftspolitik versucht die Koalition mit dem Bürgergeld das »Beste aus beiden Welten« – Verteilungsgerechtigkeit und Effizienz – miteinander in Einklang zu bringen und Sozialleistungsbezieher

nicht zu stigmatisieren. Die Leitplanken der entsprechenden Reform sollen laut Koalitionsvertrag weniger von politischem Eifer als vielmehr durch unterschiedliche wissenschaftliche Institutionen geprägt werden (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP 2021). Wie die vielen kostenschweren Projekte der Regierung finanziert werden sollen, bleibt freilich bei Einhaltung der Schuldenbremse im Dunkeln. Zwar hat der »Ermöglichungsminister« Christian Lindner Konstruktivität zugesichert und versucht mit einem Taschenspielertrick den Pandemie-Nachtragshaushalt für Klimaschutzinvestitionen zu übertragen. Inwiefern bei den Finanzierungsoptionen jedoch eine strukturelle Lösung gefunden werden kann – die Lindner mit Blick auf die Verschuldungsfrage gegen seine Anhängerschaft durchsetzen müsste –, ist bislang unklar. Ein weiteres interessantes Beispiel der neuerlichen Kooperation zeigt sich jedenfalls in der Ausarbeitung des ersten Jahreswirtschaftsberichts unter dem neuen Minister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck. So wurden die »gezielte[n] Nadelstiche gegen das bestehende Wirtschaftssystem« (Nienhans 2022), die in einer ersten Version des Berichtes enthalten waren und die die öffentlich kolportierte Vision Habecks, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum verbinden zu wollen, in Frage gestellt hätten, geräuschlos in der Ressortabstimmung abgeräumt. Schließlich scheint Habeck die deutlich wirtschaftskritischen Positionierungen seiner Anhängerschaft nicht um jeden Preis durchregieren zu wollen.

Offensichtliches Ziel der deutschen Bundesregierung ist es zwar, die teils fundamentalen Konflikte auszutragen – durchaus in der Öffentlichkeit, wie die Impfpflicht-Debatte zeigt – und Differenzen auszudiskutieren, aber eben keine Konfrontation der Konfrontation wegen zu provozieren. Tatsächlich ist die themenspezifische Suche nach wechselnden Allianzen eine der wichtigsten Strategien, Konfliktlinien in polarisierten politischen Systemen nicht verhärten zu lassen. Zwischen eigentlich opponierenden Lagern entsteht so ein gewisses Grundvertrauen, wenn man sich als potenzielle Verbündete wahrnimmt und den Gesprächsfaden nicht gänzlich abreißen lässt. In ihren Anfängen scheint auch die deutlich sichtbare gelb-grüne Bipolarität der Kamerun-Regierung nicht gegeneinander in Stellungen gebracht zu werden. Auf der Schattenseite dieser neuen Art der Aushandlung und Kommunikation fällt die häufig unklare Positionierung der neuen Regierung zu Buche. Stellvertretend dafür stehen sowohl die uneinheitliche Position der Regierung gegenüber einer Covid-Impfpflicht als auch das zögerliche Handeln von Kanzler Scholz mit Blick auf die Lieferung schwerer Waffen an die

Ukraine. Wie harmonisch das Projekt sich in der praktischen Umsetzung zeigt und wie der neue Politikstil von den Wählern goutiert wird, können nur die am Ende der Legislatur zu verbuchenden politischen Erfolge wie der Ausgang der nächsten Bundestagswahl erweisen.

Literatur

- Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). Allzeit fern des Durchschnitts. Politische Ansichten der AfD-Anhänger. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30. Jg., Heft 2, S. 12-25
- Bergmann, Knut, Silke Borgstedt, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2021). Klimaschutz und Parteipräferenz: Einigkeit in der Sache, Unterschiede in den Maßnahmen. *IW-Kurzbericht* 67, Köln
- Bértoa, Fernando und José Rama (2021). Polarization: What Do We Know and What Can We Do About It? In: *Frontiers in Political Science* <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2021.687695/full> (letzter Aufruf 21. Januar 2022)
- Bundesregierung (2022). Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-1992008> (letzter Aufruf 21. Januar 2022)
- Centrum für Strategie und höhere Führung (2022). Sicherheitsreport 2022. https://www.sicherheitsreport.net/wp-content/uploads/Charts_fu%CC%88r_PM_Sicherheitsreport_2022.pdf (letzter Aufruf 1. Februar 2022)
- Diermeier, Matthias, Judith Niehues und Joel Reinecke (2021). Contradictory welfare conditioning – differing welfare support for natives versus immigrants. In: *Review of International Political Economy* 28, S. 1677-1704
- Diermeier, Matthias und Judith Niehues (2021). Demokratische Resilienz in Deutschland? Parlamentarische Verfahrensakzeptanz im Licht individueller Problemwahrnehmung. In: *IW-Trends* 48, S. 89-112
- Diermeier, Matthias (2020). The AfD's Winning Formula – No Need for Economic Strategy Blurring in Germany. In: *Intereconomics* 55, S. 43-52
- Engelhardt, Carina und Andreas Wagener (2018). What do Germans think and know about income inequality? A survey experiment. In: *Socio-Economic Review* 16, S. 743-767

- Faus, Rainer und Fedor Ruhose (2022). Die Ampel als Modernisierungsprojekt Die Mitte ist nicht verschwunden. Tagesspiegel online, 30. Januar 2022 [https://m.tagesspiegel.de/politik/die-ampel-als-modernisierungsprojekt-die-mitte-ist-nicht-verschwunden/27945134.html?utm_referer=https %3A %2F %2Fwww.linkedin.com %2F](https://m.tagesspiegel.de/politik/die-ampel-als-modernisierungsprojekt-die-mitte-ist-nicht-verschwunden/27945134.html?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.linkedin.com%2F) (letzter Aufruf 22. März 2022)
- Forschungsgruppe Wahlen. (2022). Politbarometer https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/ (letzter Aufruf 21. Januar 2022)
- Köcher, Renate (2022). Wachsende Gereiztheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Januar 2022
- König, Pascal (2017). Von Demokraten und Populisten – Eine Analyse der Verbreitung unterschiedlicher Erwartungen an die Demokratie in Deutschland. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, S. 1-28
- Koschorke, Albrecht (2021). Identität, Vulnerabilität & Ressentiment – Positionskämpfe in den Mittelschichten. FGZ Working Paper Nr.1 <https://www.fgz-risc.de/publikationen/details/identitaet-vulnerabilitaet-ressentiment-positionskaempfe-in-den-mittelschichten> (letzter Aufruf 22. März 2022)
- Marsen, Thies und Jean-Marie Magro (2021). Party und Protest – Wen repräsentiert eine Ampel-Regierung? In: Bayerischer Rundfunk, 11. November 2011 <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ampelkoalition-party-und-protest-wen-repraesentiert-eine-ampel-regierung,SoHS83v> (letzter Aufruf 21. Januar 2022)
- Merkel, Wolfgang (2021). Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 71, S. 4-11
- Nienhaus, Lisa (2022). Das Amt erzieht den Minister. In: Zeit online, 26. Januar 2022 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-01/robert-habeck-wirtschaftsminister-jahresbericht-kapitalismus> (letzter Aufruf 27. Januar 2022)
- Roose, Jochen (2021). Politische Polarisierung in Deutschland: Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft, Berlin: Konrad-Adenauer Stiftung <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Studie+Politische+Polarisierung.pdf/a36c964d-1d6a-66d1-288b-b22629110fd7?version=1.0&t=1636716735758> (letzter Aufruf 21. Januar 2022)

- Schüler, Ruth Maria, Judith Niehues und Matthias Diermeier (2021). Politisches Informationsverhalten: Gespräche und traditionelle Medien liegen vorn. IW-Report 2, Köln
- Silver, Laura, Janell Fetterolf und Aidan Cannaughton (2021). Diversity and Division in Advanced Economies <https://www.pewresearch.org/global/2021/10/13/diversity-and-division-in-advanced-economies/> (letzter Aufruf 21. Januar 2022)
- SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (2021). Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (letzter Aufruf 3. Februar 2022)
- Stahl, Enno (2019). Die Sprache der neuen Rechten: Populistische Rhetorik und Strategien; Stuttgart: Alfred Kröner
- V-Dem Institute (2021). Autocratization turns viral. Democracy Report 2021 https://www.v-dem.net/static/website/files/dr/dr_2021.pdf (letzter Aufruf 16. Februar 2022)